

Hauptabteilung Politik und Beratung
Berlin, September 2014



 Landtagswahl Sachsen

Landtagswahl in Sachsen

am 31. August 2014

Wahlanalyse

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3506
viola.neu@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung / Leiter
Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3594
nico.lange@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl¹ in Sachsen 2014

Die CDU ist seit 1990 mit Abstand die stärkste politische Kraft in Sachsen. Seit 1990 kann sie ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellen. Dies wird auch 2014 wieder der Fall sein. Die klare Dominanz auf Landesebene zeigt sich hingegen bei nationalen Abstimmungen abgeschwächt. Bei Bundestagswahlen erreichte die CDU dort mehrfach Ergebnisse von gut 30 Prozent (1998-2009) und auch bei Europawahlen lagen die Ergebnisse bei etwa Mitte 30 Prozent. Die Wahlergebnisse der letzten Europawahl im Mai 2014 und die der Landtagswahl liegen verhältnismäßig nah beieinander und die dort sichtbaren Trends setzen sich bei der Landtagswahl fort. Bereits bei der Europawahl konnte die AfD auf ein zweistelliges Ergebnis verweisen, die NPD und die Liberalen erreichten Ergebnisse unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde.

Der sächsische Landtag wies auch in der Vergangenheit – neben der ungewöhnlich langen ungebrochenen Stärke der CDU - einige Besonderheiten auf. Augenfällig ist die hohe Volatilität. So verlor die CDU 2004 rekordverdächtige 15,8 Punkte, gleichermaßen gelang der NPD der Einzug. Im letzten Landtag waren in Sachsen sechs Parteien vertreten, was ebenfalls ein seltenes Ereignis ist. Auch der erstmalige Einzug der NPD in einen Landtag (nach 1968) war ein besonderes Ereignis. Nachdem die NPD mit 9,2 Prozent 2004 in den Landtag einzog, schaffte sie 2009 mit 5,6 Prozent noch knapp den Wiedereinzug. Mit 4,95 Prozent hat die rechtsextreme Partei den Einzug 2014 knapp verfehlt. Bislang ist es keiner rechtsextremen oder -populistischen Partei gelungen, einen dritten Einzug² in ein Landesparlament zu bewerkstelligen. Bereits bei der Bundestags- und Europawahl hat sich Sachsen als Hochburg der AfD

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.

² Zweimal in Folge zogen die DVU in Brandenburg, die NPD in Mecklenburg-Vorpommern und die REP in Baden-Württemberg ein. Zudem konnte die DVU durch die separat in Bremen und Bremerhaven geltende Fünf-Prozent-Hürde in die Bremer Bürgerschaft wiederholt einziehen.

herauskristallisiert. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte sie mit 6,8 Prozent in Sachsen ihr bestes Ergebnis. Auch bei der Europawahl konnte sie mit 10,1 Prozent in Sachsen die höchste Zustimmung in einem Land verbuchen. Die AfD war insbesondere dort stark, wo auch die NPD ihre Hochburgen³ hatte. Auch bei dieser Landtagswahl ist dies ersichtlich: Die Hochburgen der NPD und der AfD sind zum Teil deckungsgleich oder räumlich nah. In einem Wahlkreis (Bautzen 5) erreichen beide Parteien zusammen ca. ein Viertel der Stimmen, in anderen knapp ein Fünftel. Insofern war ein Einzug der AfD hochwahrscheinlich und 9,7 Prozent sind vor diesem Hintergrund nicht weiter überraschend.

Ausdruck der hohen Volatilität sind auch die Ergebnisse der FDP, die sich zwischen 1,1 Prozent und 10,0 Prozent bewegen. Mit aktuell 3,8 Prozent kann sie zwar nicht erneut in den Landtag einziehen, wurde aber auch nicht völlig diskreditiert. Bei der Linken ist die Spannbreite der Ergebnisse weniger stark ausgeprägt, aber auch die Linke hat mit 10,2 Prozent (allerdings 1990, als die Partei insgesamt im Tief war) und 23,6 Prozent (2004) eine recht große Beweglichkeit in der Wählermobilisierung bewiesen. Lediglich bei den Grünen verlaufen die Wahlergebnisse in einem verhältnismäßig schmalen Korridor von meistens etwa fünf Prozent.

Die politische Stärke der CDU findet ihren Niederschlag in allen Daten des politischen Meinungsklimas. Ministerpräsident Stanislaw Tillich hatte keinen Herausforderer, der auch nur annähernd an den Amtsinhaber aufschließen konnte. 63 Prozent der Sachsen hätten in einer Direktwahl Tillich gewählt, der Kandidat der Linken, Rico Gebhardt, wäre von 14 Prozent der Sachsen unterstützt worden. Damit kann er noch nicht einmal bei den Wählern der Linken auf volle Unterstützung bauen. Tillichs Stärke beruht auf einer hohen Wertschätzung, jenseits aller Parteigrenzen. In der Anhängerschaft der CDU hätten 87 Prozent Tillich direkt gewählt und bei

³ Vgl. Viola Neu, 2014, Hidden champignons oder ewige Verlierer? Die „sonstigen“ Parteien bei der Bundestagswahl, in: Eckhard Jesse, Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden, 2014, S. 307.

der FDP hätten sich 82 Prozent für ihn entschieden. Doch auch außerhalb des Lagers der ehemaligen Regierungsparteien ist die Zustimmung hoch: Von der SPD hätten sich 50 Prozent für ihn entschieden und selbst bei der Linken sprachen sich 35 Prozent für den Amtsinhaber aus. Diese parteiübergreifende Unterstützung findet ihren Niederschlag in einer insgesamt positiven Grundeinstellung gegenüber dem Ministerpräsidenten: 82 Prozent aller Sachsen sind der Ansicht, er mache seine Sache gut. Gegenüber der Vorwahl von 2009 ist dies ein Anstieg um 14 Punkte. Damit ist Tillich derzeit der Ministerpräsident, der bei einer Wahl in den letzten Jahren die beste Bewertung erhielt. Aufgrund der absoluten persönlichen Dominanz von Tillich schneidet er auch in allen Eigenschaftsprofilen um Längen besser ab als die Mitbewerber. Die Spitzenkandidaten der Linken und der SPD können gegenüber der Vorwahl und ihren Vorgängern einen minimalen Ansehensgewinn verzeichnen. Rico Gebhardt (Linke) wird mit +0,8 (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala) bewertet. Dies sind 0,3 Punkte plus. Und Martin Dulig von der SPD erreicht einen Wert von 1,6, was ebenfalls einem Zuwachs von 0,3 Punkten entspricht. Aber auch Tillich kann seinen Wert gegenüber 2009 von 2,3 auf 2,7 verbessern. Auffällig ist lediglich bei der FDP, dass die Bewertung des Spitzenkandidaten und der Partei weit auseinander klafft. Holger Zastrow kommt auf einen Wert von 0,4, die FDP in Sachsen auf -0,7 und die FDP im Bund auf -1,2. Vor dem Hintergrund einer so negativen Bewertung der Partei ist es für einen Kandidaten fast aussichtslos, sich von diesem Trend abzukoppeln (alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

In Sachsen herrscht keine Wechselstimmung. Das betrifft insbesondere eine CDU-geführte Regierung. Die Regierungsarbeit der Koalitionspartner CDU und FDP wird sehr unterschiedlich bewertet und damit einhergehend haben sich auch die Koalitionspräferenzen der Sachsen verändert. 82 Prozent wünschen sich, dass die CDU auch nach der Landtagswahl weiter in der Regierung ist. Und auch hier finden sich in den Anhängerschaften

aller Parteien große Mehrheiten, die eine CDU-geführte Regierung begrüßen. Die CDU in der Regierung wird mit 2,0 bewertet, gegenüber 2009 entspricht dies einem Plus von 0,6 (gemessen auf einer Skala von +5 bis -5). Die FDP erhält einen Wert -0,2 in der Regierung und eine Koalition mit der FDP bewerten 29 Prozent positiv. 2009 fanden 42 Prozent eine schwarz-gelbe Koalition gut. Aufschwung hat hingegen die oppositionelle SPD erfahren. Hätten 2009 32 Prozent eine Große Koalition positiv gesehen, liegt der Anteil 2014 bei 55 Prozent. Damit ist die Große Koalition (auch wenn der prozentuale Abstand zwischen der CDU und der SPD diesen Begriff etwas problematisch erscheinen lässt) die mit Abstand beliebteste Variante einer zukünftigen Regierung. Alle anderen Regierungsmöglichkeiten kommen auf maximal 30 Prozent. Eine absolute Minderheitenmeinung repräsentiert die Zustimmung von 17 Prozent zugunsten einer CDU/AfD-Koalition (alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

Auch bei den Themen ergibt sich ein ähnliches Bild: Der Union wird mit sehr großem Abstand am meisten zugetraut. So sind 49 Prozent der Ansicht, die Partei würde die zukünftigen Probleme am besten lösen. Die Linke wird von 7 Prozent und die SPD von 9 Prozent genannt. Dieses Muster zeigt sich in den Bereichen Wirtschaft (55 Prozent), Arbeitsplätze (46 Prozent), Kriminalität (33 Prozent) und Verkehr (31 Prozent). Lediglich in den Bereichen Bildung und soziale Gerechtigkeit gibt es zwischen der CDU, SPD und den Linken eine Pattsituation. Hier trauen jeweils etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Sachsen einer der drei Parteien die Lösung der Probleme zu. Bemerkenswert sind die Veränderungen auf der Themenagenda im Zeitverlauf: 2009 dominierte das Thema Arbeitslosigkeit mit 63 Prozent ganz deutlich die Liste der wichtigsten Probleme. 2014 nennen gerade noch 29 Prozent dieses Thema. Während es 2009 mit der Arbeitslosigkeit noch einen klaren „Topplatz“ in der Agenda gab (alle anderen Themenfelder lagen weit abgeschlagen hinter diesem Problem), hat sich die Agenda 2014 verengt. Schule/Bildung ist

(erstaunlicherweise trotz des guten Abschneidens der sächsischen Schüler) von 16 Prozent 2009 auf 30 Prozent Nennungen angestiegen und liegt damit mit Arbeitslosigkeit etwa gleich auf (alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

Insgesamt ist die Stimmung in Sachsen ausgesprochen entspannt. Wahrscheinlich ein Grund für die eher niedrige Wahlbeteiligung. 75 Prozent sind der Ansicht, Sachsen sei gut auf die Zukunft vorbereitet (+6 Punkte im Vergleich zur Vorwahl). 50 Prozent bewerten die allgemeine wirtschaftliche Lage positiv. Dies ist im Vergleich zum Wirtschaftskrisenjahr 2009 ein Anstieg von 30 Punkten. Auch die eigene wirtschaftliche Lage wird überwiegend positiv beurteilt. So sagen 60 Prozent, ihre eigene wirtschaftliche Lage sei gut, was einem Plus von 15 Punkten entspricht. Zudem bewerten 74 Prozent der Sachsen ihre wirtschaftliche Lage gegenüber den anderen ostdeutschen Bundesländern als besser. Kein anderes ostdeutsches Bundesland konnte bei den vergangenen Wahlen dieses Niveau erreichen. Dies spricht für eine hohe Zufriedenheit der Sachsen mit ihrer Situation und den Rahmenbedingungen. Auch hier zeigt sich erneut die Strahlkraft der CDU; in der Wirtschaft würde man wahrscheinlich von einem unique selling point sprechen. 71 Prozent sagen, es läge an der CDU, dass Sachsen so gut dasteht (alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

Bei aller Zufriedenheit mit der Politik und der Wirtschaft fällt Sachsen jedoch auch bei dieser Wahl mit seiner Neigung auf, Parteien am Rande des Parteienspektrums zu wählen. Eine einfache Erklärung hierfür liegt derzeit nicht vor. Fast 15 Prozent der Sachsen haben sich entweder für die AfD oder NPD entschieden. Die AfD fiel jedoch auch in Sachsen mit parteiinternen Differenzen auf und – ausgehend von ihrer Spitzenkandidatin – hat sie sich thematisch eng aufgestellt. Über die Einstellungsstruktur ihrer Wähler ist derzeit wenig bekannt. Die AfD hat sicherlich ein „frisches“ Protestimage. So sagen 90 Prozent der AfD-

Anhänger, die AfD sei die einzige Partei, die die Probleme beim Namen nenne (Forschungsgruppe Wahlen). Das Selbst- und das Fremdbild der AfD polarisiert stark zwischen allen Wahlberechtigten und den Anhängern der AfD in Sachsen. Für die Anhänger selbst ist es wichtig, dass sie glauben, die AfD kümmere sich um Themen, welche die anderen Parteien vernachlässigen würden (89 Prozent) und dass sie glauben, die AfD würde aussprechen, was die Mehrheit der Gesellschaft denke (82 Prozent). Gleichmaßen halten es 77 Prozent der AfD-Anhänger für eine gute Möglichkeit, den anderen Parteien einen Denkkzettel zu verpassen. (Infratest dimap).

Wie bei allen Protestparteien vor ihr, ist die Konzentration auf wenige oder auf ein Thema meist der Schlüssel zum Erfolg. Bislang konnten alle Protestparteien (von den REP über die DVU und NPD, die Schill- und Statt-Partei, Arbeit für Bremen und Bremerhaven, die BIW, den Piraten bis zum Teil zur PDS oder den Freien Wählern in Bayern) von der Mischung aus Elitenprotest und dem vermeintlichen „Anderssein“ profitieren. In einigen europäischen Ländern hatten populistische Parteien zudem charismatische Führer. Bislang ist es den deutschen nicht-etablierten/populistischen/extremistischen Parteien hingegen nicht gelungen, einen Charismatiker für sich zu gewinnen. All diesen – inhaltlich sehr unterschiedlichen - Parteien strömen immer Wähler aus dem gesamten parteipolitischen Spektrum zu. Die Verortung der Wähler auf einer vermeintlichen „Rechts-Links-Achse“ war bislang noch nicht fruchtbar. Die vermeintliche Positionierung in einem „rechten“ oder „linken“ Lager kann nicht als Quelle des Erfolgs gesehen werden. Alle diese Parteien – wie jetzt auch die AfD – werden über die Parteigrenzen hinweg überdurchschnittlich von ehemaligen Nichtwählern unterstützt, man könnte fast von einer fluiden Protestmatrix sprechen.

2. Das Abschneiden der Parteien .⁴

⁴ Endgültiges amtliches Endergebnis.

Die Gewinne und Verluste der Parteien bewegen sich insgesamt in einem sehr engen Korridor, so dass im Großen und Ganzen das Wahlergebnis der letzten Wahl bestätigt wurde. Davon gibt es zwei Ausnahmen: das Abschneiden der FDP und der AfD. Mit dem Ausscheiden der FDP aus dem Landtag ergibt sich somit eine neue politische Situation, die Auswirkungen auf die Zusammensetzung der künftigen Koalition hat. Im Parlament werden fünf Parteien vertreten sein. Mit der FDP und NPD scheiden zwei Parteien aus und mit der AfD kommt eine Partei hinzu.

Die **Wahlbeteiligung** ist gegenüber der Vorwahl erneut gesunken. Bereits seit 2004 sinkt die Wahlbeteiligung von Wahl zu Wahl und erreicht 2014 mit 49,2 Prozent (-3 Punkte) ihren bislang tiefsten Wert bei einer Landtagswahl in Sachsen. Bei der Europawahl im Frühjahr dieses Jahres gingen aber ebenfalls nur 49,2 Prozent der Sachsen zur Wahl. Vor dem Hintergrund eines vermeintlich feststehenden Wahlausgangs und einer kaum vorhandenen Polarisierung zwischen Regierung und Opposition, ergeben sich häufig Mobilisierungsprobleme. Ausweislich der Wählerwanderungsbilanzen mussten alle Parteien Wähler an das Nichtwählerlager abgeben. Davon ausgenommen waren nur die Grünen (wenn auch auf niedrigem Niveau) und die AfD, die auch ehemalige Nichtwähler für sich gewinnen konnte.

Die **CDU** erhält 39,4 Prozent (-0,8 Punkte). Aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung verliert die CDU ca. 77 Tsd. Stimmen und wird von 645.344 Wählern unterstützt. Die CDU wird mit 59 (+1) Abgeordneten im Landtag vertreten sein.

Die **Linke** verliert gegenüber der Vorwahl 1,7 Punkte und erzielt insgesamt 18,9 Prozent. Sie verliert knapp 61 Tsd. Wähler. Die Linke stellt 27 Abgeordnete. Dies sind zwei weniger als bei der letzten Legislaturperiode.

Auf Platz drei im Parlament landet die **SPD** mit 12,4 Prozent. Sie kann ein Plus von 1,9 Punkten verzeichnen. Sie gewinnt vier Mandate hinzu und kann 18 Abgeordnete ins Parlament entsenden. Die SPD verliert zwar auch Stimmen an das Nichtwählerlager, kann dies jedoch mit Gewinnen von anderen Parteien kompensieren, so dass sie insgesamt ca. 15.000 zusätzliche Stimmen verzeichnen kann.

Die **FDP** kommt nach einem Minus von 6,2 Punkten auf 3,8 Prozent der Stimmen. Ca. 117 Tsd. Wähler verliert die Partei im Saldo.

Die **Grünen** verlieren 0,7 Punkte und werden von 5,7 Prozent der Sachsen gewählt. Die Fraktion wird aus 8 Abgeordneten bestehen (-1). Gegenüber der Vorwahl sind dies ca. 21 Tsd. Wählerstimmen weniger.

Die **NPD** verliert 0,7 Punkte und scheitert mit 4,95 Prozent knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Dies entspricht einem Verlust von ca. 20 Tsd. Wählern.

Die **AfD** kommt auf 9,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ca. 160 Tsd. Wähler gaben ihr die Stimme. Sie wird mit 14 Abgeordneten im Parlament vertreten sein.

Von den **anderen** Parteien erhalten die Freien Wähler 1,6 Prozent, die Tierschutzpartei und die Piraten jeweils 1,1 Prozent.

3. Die Wählerwanderungsbilanz⁵ und das Abschneiden in verschiedenen Bevölkerungsgruppen⁶

⁵ Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Die Wählerwanderungsbilanz bezieht sich auf Vergleichswerte der Bundestagswahl 2013.

⁶ Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen.

Bei der Landtagswahl zeigen sich sehr vielfältige Wählerströme, die sich nicht an „Lagertheorien“ festmachen lassen.

Bei den Wählerwanderungsbilanzen handelt es sich um absolute Zahlen. Korrekt müsste es heißen, dass von 722.983 ehemaligen CDU-Wählern 33.000 an die AfD abwanderten. 4,5 Prozent der früheren CDU-Wähler haben sich somit 2014 für die AfD entschieden. Von den ehemaligen 370.359 Wählern der Linken wechselten 15.000 zu der AfD. Damit hat die Linke ca. 4,1 Prozent ihrer Wähler der letzten Wahl verloren. Von den 178.867 Wählern der FDP haben sich 18.000 entschlossen, für die AfD zu stimmen. Somit haben ca. 10 Prozent der 2009er FDP-Wähler für die AfD votiert. Da diese Darstellung etwas komplex ist, werden nur die absoluten Zahlen wiedergegeben.

Die **CDU** kann von der Linken (+4.000) und der FDP (+20.000) Wähler gewinnen. An die AfD (-33.000), das Nichtwählerlager (-22.000) und an die SPD (-11.000) verliert sie hingegen Wähler. Im geringen Ausmaß verliert die CDU Stimmen an die NPD (-3.000) und die Grünen (-1.000).

Die **Linke** gewinnt und verliert ebenfalls quer durch die politischen Lager: Von der FDP kommen 5.000 und von den Grünen 6.000 Wähler. An die AfD gibt sie 15.000 und das Nichtwählerlager 13.000 Stimmen ab. Weitere 4.000 ehemalige Linke-Wähler votieren für die CDU und 2.000 ehemalige Linke-Wähler entscheiden sich für die NPD.

Die **SPD** gibt 8.000 Wähler an die AfD und 5.000 an das Nichtwählerlager ab. Sie kann von der FDP (+12.000) und der CDU (+11.000) profitieren. Weitere 7.000 Stimmen kommen von den Grünen und 1.000 Wähler der NPD wechseln zur SPD.

Die **FDP** verliert in alle Richtungen Wähler. Jeweils 20.000 Stimmen verliert sie an die CDU und an die Nichtwähler. 18.000 wechseln zur AfD

und 12.000 zur SPD. Für die NPD entscheiden sich 4.000 ehemalige FDP-Wähler und 3.000 machen ihr Kreuz bei den Grünen.

Die **Grünen**-Wählerschaft erscheint weniger volatil als die Anhängerschaften der anderen Parteien. An die SPD verlieren die Grünen 7.000 Stimmen und an die Linke 6.000. 3.000 Wähler entscheiden sich für die AfD und 1.000 für die NPD. Von der CDU wie aus dem Nichtwählerlager mobilisiert sie jeweils 1.000 Stimmen.

Die **NPD** verliert 13.000 Wähler an die AfD und 10.000 Wähler bleiben dieses mal der Wahl fern. Von der FDP gewinnt sie 4.000 Stimmen. Weitere 3.000 Wähler kommen von der CDU und 2.000 von der Linken. An die SPD verliert sie 1.000 Wähler.

Die **AfD** gewinnt 33.000 ehemalige CDU-Wähler. Von der FDP wechseln 18.000, von der NPD 13.000, von der Linken 15.000, von der SPD 8.000 und von den Grünen 3.000 Wähler. 16.000 frühere Nichtwähler werden von der AfD mobilisiert. Auch wenn die Nettozahlen der Wähler der AfD in Sachsen seit der Bundestagswahl etwa gleich groß sind, ist es reine Spekulation zu vermuten, dass es sich dabei um die „gleichen“ Wähler handelt. Die hierzu notwendigen Daten existieren nicht.

Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerschaften in Sachsen weist einige Eigentümlichkeiten auf. Bei der Anhängerschaft der CDU fällt die große Zustimmung in der Gruppe der über 59-jährigen Frauen auf. Hier kommt die Partei auf 49,1 Prozent. Von den gleichaltrigen Männern unterstützen nur 37,9 Prozent die CDU. Aber auch in Sachsen – wie insgesamt bei allen Wahlen – steigt die Zustimmung zur CDU mit zunehmendem Alter, ein Zusammenhang, der seit 1953 durch Daten belastbar geprüft werden kann. Die Linke hingegen findet bei den über 59-jährigen Männern den stärksten Zuspruch (26,1 Prozent). Die Grünen haben ihre stärkste Wählerbastion bei den bis 29-jährigen Frauen, wo

11,2 Prozent der Frauen für die grüne Partei votieren. Die NPD wie die AfD findet hingegen bei den jüngeren Männern (bis 29 Jahre) die stärkste Unterstützung. 10,7 Prozent der Männer dieser Altersgruppe entscheiden sich für die NPD und 14,3 Prozent machen ihr Kreuz bei der AfD. Dabei profitiert die NPD vor allem von jüngeren Wählern mit niedriger Bildung. Dort votieren 21,1 Prozent für die rechtsextreme Partei. Die AfD hat hingegen ihren Schwerpunkt bei jüngeren Wählern mit einem mittleren Bildungsniveau. In dieser Gruppe erhält sie 17,8 Prozent der Stimmen. Über die Hälfte der konfessionell gebundenen Wähler entscheidet sich für die CDU. Von den Konfessionslosen sind es etwa ein Drittel. Nur noch die Linke hat ein vergleichbares „Konfessions-Gap“, wenn auch unter anderen Vorzeichen: Sie mobilisiert konfessionell gebundene Wähler weit unterdurchschnittlich.